

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590,
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 65.

Mittwoch, 18. März 1931, abends.

84. Jahrgang.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Einretens von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schützige Unternehmungen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vor den politischen Entscheidungen.

Reichstanzler Dr. Brüning begann am Dienstag eine Reihe von politischen Verhandlungen mit den Führern der Sozialdemokratie, die der Vorbereitung der kommenden politischen Entscheidungen gelten. Am Dienstag mittag fand eine erste Besprechung statt, an der von den Sozialdemokraten die Wgg., Wels, Dr. Breitheid und Dr. Berg und von der Regierung außer dem Reichstanzler der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister teilnahmen. Am Mittwoch folgte eine weitere Besprechung. Im Vordergrund der Verhandlungen stehen die Steuerwünsche der Sozialdemokraten und der Wunsch der Regierung, den Reichstag nach Erledigung seines Programms für längere Zeit zu vertagen. Erst nach Abschluß dieser Verhandlungen, die noch einige Tage dauern dürften, wird die sozialdemokratische Fraktion ihre endgültige Entscheidung über ihre Haltung zum Bankerzeugung, zur Ohllöse und anderen strittigen Fragen treffen.

Was die Steuerforderungen betrifft, die in den Beschlüssen des Steuerausschusses schon mitdargestellt sind, so wird die Erhöhung der Aufsichtsteuer kaum ernsthafte Schwierigkeiten machen. Dagegen verhält sich die Regierung gegenüber der Erhöhung des Einkommensteuersatzes für die Einkommen über 20 000 Mark noch wie vor ablehnend. In politischen Kreisen glaubt man jedoch, daß die Regierung aus einem Reichstagsbeschluss in dieser Richtung keine Konsequenzen ziehen würde. Ebenso ist kaum anzunehmen, daß in dieser Frage vom Reichstag ein Einspruch erfolgt. Angesichts der katastrophalen Finanzlage der Gemeinden wird kein Finanzminister eines Landes darauf verzichten, etwaige neue Steuerquellen auszunutzen. Größere Schwierigkeiten wird dagegen die Fraktion der Deutschen Volkspartei machen, die jede neue Steuerbelastung ablehnt, und sich dabei auf Versicherungen beruft, die ihr von der Regierung wiederholt gegeben worden seien. Von sozialdemokratischer Seite wird betont, daß ein Verzicht auf die Steuerforderungen unter keinen Umständen in Betracht komme. Der Bankerzeugung ist zweifellos für die Sozialdemokratie eine schwere Belastung. Vor welchen Schwierigkeiten die Fraktion in dieser Frage steht, erkennt man daraus, daß der Wahlkreis Chemnitz-Weißau beschloß, keine Abgeordneten anzuweisen, im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit im Reichstag gegen den Bankerzeugung zu stimmen. Zu dem Abgeordneten des Chemnitz Wahlkreises gehört auch der Reichstatter für den Wehrkreis, der Wg. Stücken, dessen Ausführungen im Haushaltsausschuß in der vergangenen Woche in weiten Kreisen größte Beachtung gefunden haben. Hinzu kommt, daß der sozialdemokratische Parteitag vor der Tür steht. Man ist daher bei der Sozialdemokratie der Auffassung, daß unter allen Umständen auf steuerlichen Gebiet gewisse Zugeständnisse gemacht werden müssen, wenn man von der Sozialdemokratie die Zustimmung zum Bankerzeugung und anderen Dingen erwartet.

In der Frage der Reichstagsvertretung hält die Regierung nach wie vor an der Forderung einer längeren Vertagung fest. Sie will einer Wiederberufung des Reichstags frühestens im Oktober zustimmen. Die Sozialdemokraten glauben indes, auf die Möglichkeit der früheren Einberufung des Reichstags nicht verzichten zu können. Sie lehnen daher eine so lange Vertagung ab. In politischen Kreisen ist man trotzdem der Auffassung, daß eine Sommervertagung des Reichstags nicht mehr stattfinden wird. Man wird in den nächsten Woche keinen formellen Vertagungsbeschluss fassen, sondern den Präsidenten ermächtigen, den Reichstag wieder einzuberufen, wenn eine Notwendigkeit hierzu vorliegt. Praktisch könnte damit der von der Regierung gewünschte Zweck gleichfalls erreicht werden, daß der Reichstag nämlich erst wieder im Oktober berufen wird.

Auf jeden Fall werden die nächsten Monate nicht ganz ohne jede parlamentarische Arbeit im Reichstage sein. So wird bald nach Ostern der Roggensteuerausgleich seine Untersuchungen fortsetzen. Ferner will der Strafrechtsausschuß seine Arbeiten an der Strafrechtsreform weiter führen. Neben anderen Ausschüssen wird der auswärtige Ausschuss zur Erörterung der außenpolitischen Lage berufen werden, wie das Minister Dr. Curtius am Dienstag im Reichstage angekündigt hat.

Das Scheitern der Wirtschaftskonferenz

Genf, 18. März.

Die entscheidende Wendung bei den Dienstag-Verhandlungen der Wirtschaftskonferenz, die zum Scheitern der Handelskonvention führte, wurde durch den Einspruch Englands gegen die Inkraftsetzung der Konvention herbeigeführt. Auf Anfrage des Präsidenten Collin erklärten darauf die Vertreter der Staaten, die das Abkommen bereits ratifiziert haben, daß sie keine Möglichkeit sähen, die Konvention in Kraft zu setzen.

Die Entscheidung der Konferenz kann nach hiesiger Auffassung zur Folge haben, daß nunmehr in den Handelsbeziehungen der europäischen Staaten ein Zustand der Unsicherheit eintritt. Die Konferenz tritt am Mittwoch zur Unterzeichnung des Schlussprotokolls wieder zusammen, das, wie verlautet, vom deutschen Vertreter nicht unterzeichnet werden wird.

Der Reichstanzler an das deutsche Handwerk.

Unter dem Hinweis auf die mannigfachen, dem Reichstag zur Zeit vorliegenden Aufgaben betonte Dr. Brüning die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Verabschiedung aller vorliegenden Gesetze, damit die Unsicherheit, die seit langer Zeit über dem deutschen Volke schwebt, wieder beseitigt werde. Solange die Vertrauenskrise andauern würde, die nicht nur erst ein Jahr alt sei, solange nicht das deutsche Volk und auch das Ausland das feste Vertrauen hätten, daß Reichsregierung, Staatsregierung und Parlamente sich selbst in ihrer Betätigung die notwendigen Schranken auferlegten und bei allen ihren Beschlüssen an eine weitere Zukunft denken würden, so lange könne keine Stabilisierung der Wirtschaft herbeigeführt werden, an der doch kein Stand so lebhaftes Interesse habe, wie das deutsche Handwerk.

Rein Stand, so fuhr Dr. Brüning fort, sei so bedeutsam als Mittel zwischen dem extremen Gegenüber wie der deutsche Handwerksmeister, und weil dem so sei, habe das Handwerk auch ein Recht darauf, daß die Gesetzgebung in Reich und Ländern und die politische Tätigkeit der Kommunen auf die Bedeutung dieses Standes Rücksicht nehmen. In der Vergangenheit sei beim Wiederaufbau wohl zunächst mit Vorbehalt zu Werke gegangen worden, doch wenn man bei diesem vorläufigen Tempo geblieben wäre, so würde es heute keine Reichsregierung geben, die fast jeden Tag unpopuläre Beschlüsse auf sich zu nehmen habe. Man habe Beschlüsse gemacht, die während der Hochkonjunktur eine finanzielle Grundlage gehabt hätten, die aber bei dem Verschwinden dieser Hochkonjunktur in sich selbst zusammengebrochen wären. Und obwohl im Reichstag oftmals warrende Stimmen erhoben worden seien, habe man den eingeschlagenen Weg nicht verlassen; nicht nur, weil sich die Politik geirrt habe, sondern auch ein großer Teil der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Dundertausende von Arbeitswilligen seien dadurch aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen worden und seien jetzt der Wohlfahrtsfürsorge zur Last. Im gleichen Maße der Rationalisierung seien deshalb auch die allgemeinen Lasten angezogen, wobei man nicht vergessen dürfe, daß der bei der Rationalisierung der Betriebe erwartete Gewinn oftmals gar nicht eingezeichnet sei. Wenn man nun heute mit Reformmaßnahmen komme, so würden aus diesem Grunde naturgemäß Tempo und Schritte dieser Reformen bedeutend größer sein. Dabei spiele auch die Tatsache eine Rolle, daß Deutschland nicht das einzige Land der Wirtschaftskrise sei, sondern daß mehr oder minder alle Völker der Welt vor den gleichen Problemen ständen. Dabei würden sich ihre Lösungen in der gleichen Linie bewegen, die die Reichsregierung durchgeführt und geplant hat.

Dr. Brüning verwies hierbei auf die Maßnahmen Italiens und Englands, die wenige Monate, nachdem Deutschland seine Reformen durchgeführt, die ihren eingezeichnet hätten. Für Deutschland komme es nun darauf an, als erstes aller Länder seine politische und wirtschaftliche Stabilität wieder zu erlangen. Es komme darauf an, Menschennützlich zu leisten, um als erstes Land aus dieser Krise herauszukommen. Deshalb sei es auch erstes

Erfordernis der Stunde, die Finanzen in Reich, Ländern und Kommunen in Ordnung zu bringen. Es sei Aufgabe, aus den Fehlern der vergangenen Jahre zu lernen. Selbstverständlich könne Deutschland die Reparationen unter keinen Umständen auf die Dauer vertagen. Wenn man aber eine Revision wolle, dann müßte man auch den Mut haben, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, um Mut zu sein. Wenn sich das deutsche Volk immer über seinen Zustand klar gewesen wäre und wenn alle Regierungen von der Revolution an den Mut gehabt hätten, die Bücher auszuliegen und zu zeigen, was Deutschland überhaupt noch hatte, dann wäre die ganze Frage anders gelaufen.

Man habe die Augen zugemacht. Das treffe nicht eine Partei besonders. Die populären Steuerentlastungen des Reichstages seien kein Gewinn gewesen; denn dafür hätten die Realsteuern der Gemeinden erhöht werden müssen. Und nun komme es darauf an, nachdem die Reichsfinanzen eingestürzt in Ordnung gebracht worden wären und es gelungen sei, über die schwersten Krisenjahre hinwegzukommen, die Gesundung der Kommunalfinanzen herbeizuführen. Es sei unmöglich, eine geordnete Reichs- und Landesfinanzpolitik durchzuführen, wenn in den Gemeinden immer wieder neue Fehler gemacht würden. Deshalb sei die Annahme des Pfandgesetzes notwendig gewesen. Die ewige Sicherung der Realsteuern müßte zu einem Ende kommen, hätten doch gerade diese Steuern eine ungeproben preisdiebstahlende Wirkung. Nun dürfe man allerdings nicht erwarten, daß es möglich sei, dieses oder jenes Gesetz im Handumdrehen zu ändern; es komme vielmehr darauf an, einmal zu einem System der Beeinflussung anderer Wirtschaft durch unsere gesamte Gesetzgebung zu kommen. Es komme darauf an, in die Zukunft zu sehen, aber gleichzeitig auch, die Gegenwart zu berücksichtigen.

In den vergangenen Jahren, so fuhr Dr. Brüning fort, haben wir den großen Fehler gemacht, viel zu viel Geld der öffentlichen Hand in die zusätzliche Arbeitsbeschaffung zu investieren, wodurch eine Steigerung der Preise und Löhne eingetreten sei. Dadurch seien die Kassen leer geworden. Aus diesem Grunde müßte auch nach dieser Richtung hin eine gewisse Planmäßigkeit in die gesamte Wirtschaft kommen.

Uebrigens zu der Frage einer baldigen Neuordnung der Hauszinssteuer betonte Dr. Brüning, daß es eine der Hauptaufgaben sei, alles daran zu setzen, die Verhältnisse im Baugewerbe in Ordnung zu bringen. Gesetze, die im Reichstag die notwendigen Gesetze schnell zu verabschieden, dann würde auch wieder die Möglichkeit gegeben sein, Kredite zu bekommen, durch die dem Baugewerbe zu helfen sei. Notwendig sei es dabei, die Senkung der Bankzinsen voranzubringen. Es sei notwendig, und zwar bei allen Wirtschaftsgruppen, sich an die Konsumkraft der gesamten Bevölkerung anzupassen.

In diesem Sinne appellierte Dr. Brüning an das Handwerk, die große Tradition der Vergangenheit nicht aufzugeben. Deutschland müsse das erste Land sein, das die Grundlage für eine wirkliche Freiheit geschaffen habe.

Deutsche Volkspartei gegen neue Steuern

Berlin, 18. März.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt Dienstagabend eine Fraktions Sitzung ab, über deren Ergebnis folgendes mitgeteilt wird:

„Die Fraktion steht unverändert zum Programm des Kabinetts Brüning, an dessen Spitze zur Gesundung unserer Wirtschaft die Vermeidung jeder neuen Steuerbelastung und der Ausgleich des Haushalts durch Ersparnisse steht. Um die Durchführung dieses Regierungsprogramms vor einer Gefährdung durch die Wünsche der Sozialdemokraten sicherzustellen, werden die beiden Abgeordneten Dingeldey und Daub bei dem Herrn Reichstanzler entsprechende Vorstellungen erheben.“

Das Befinden Hermann Müllers unverändert

Berlin, 18. März. Der Montagabend eingetretene Schwächezustand, der auf einer Herzschwäche und einer Blutkreislaufstörung beruht, hielt auch den Dienstag über an, so daß der allgemeine Zustand als äußerlich ernst bezeichnet werden muß. Nachdem am Vormittag durch einige Stunden Schlaf eine leichte Besserung festzustellen war, trat in den Nachmittagsstunden eine abermalige Störung im Blutkreislauf des Patienten ein.

Das offizielle Bulletin des abendlichen Konzils lautete: Das Befinden des Patienten ist unverändert.

Berlin. (Funkpruch.) Im Befinden des früheren Reichstanzlers Müller, ist, wie nach der heutigen Morgenbesprechung der Ärzte zu hören war, keinerlei Veränderung eingetreten. Müllers Zustand ist nach wie vor ernst.

Warschau ratifiziert

Dienstagmorgens schritt der Senat zur Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages und des Liquidationsabkommens. Nach dem Referentenbericht, der die Annahme des Liquidationsabkommens empfahl, betonte Außenminister Jaksli, daß im Verlauf der Debatte bereits alle Argumente erschöpfend dargelegt worden seien, die für die beiden Verträge sprächen. Er könne nur wiederholen, daß es sich bei den vorliegenden Verträgen um einen gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen handle. Beim Liquidationsabkommen habe Polen finanziell gut abgeschlossen, während Deutschland durch Einstellung der Liquidationen Vorteile moralischer Natur und einen Prestigegewinn errungen habe. Der Minister betonte zum Schluß noch die große Bedeutung des Handelsvertrages für die beiden Staaten und für die Befriedung Europas.

Angesichts der Montag-Abstimmung im Senatsausschuß kann nicht daran gezweifelt werden, daß der Senat die beiden Verträge mit den Stimmen des Regierungsblocks und der Sozialisten gegen die der Rechten und der Bauern annehmen wird.

Mit überwiegender Mehrheit nahm der Senat die Haager Verträge, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und den deutsch-polnischen Handelsvertrag an.

Schwere Explosion. — Vier Personen getötet.

(Wittenberg, Bez. Halle). In einem Patronenwerk des Sprengstoffwerkes Reinsdorf erfolgte heute vormittag bei Aufräumarbeiten eine Explosion, bei der vier Personen ums Leben kamen und zwei weitere Personen verletzt wurden. Die Toten sind der Werkmeister, ein Schloffer und zwei Arbeiter. Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Sachschaden ist nicht erheblich.